



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

46. hét

2019.11.11.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Die Gemeindevertretungen haben sich gebildet, Zsolt Borkai ist zurückgetreten:*

Mit Ausnahme von 12 Ortschaften haben sich in den vergangenen Tagen sämtliche Vertretungen von Städten und Gemeinden in Ungarn gebildet. Am Wochenende wurden an manchen Orten die Kommunalwahlen wiederholt. In Budapest konzentrierte sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft sowie auf die Regierungssitzung vom Mittwoch. Gergely Karácsony begann seine Tätigkeit als Stadtvater mit 5 Vizebürgermeistern und einer gelockerten Haushaltsdisziplin.

Wirtschaftspolitik – *Die Zurückdrängung der Schattenwirtschaft ist in Ungarn eine Erfolgsgeschichte:*

In den vergangenen zehn Jahren verbesserte sich dank der Zurückdrängung der Schattenwirtschaft nicht nur die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, sondern ist parallel dazu auch eine positive Entwicklung in der Steuerzahlungsmoral der ungarischen Gesellschaft zu erkennen. Die einzige Gefahr stellt der wachsende Bargeldbestand dar, dessen Zurückdrängung in der Zukunft im volkswirtschaftlichen Interesse liegt. In einer einschlägigen Studie des Nézőpont-Instituts sowie auf einer zu deren Publikation veranstalteten Konferenz waren zahlreiche Vorschläge zu vernehmen, wie sich dieser Bestand abbauen lässt.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan verhandelte mit Viktor Orbán:*

Auf Einladung von Ministerpräsident Viktor Orbán stattete Recep Tayyip Erdoğan Budapest einen Besuch ab. Die wichtigste Frage des Gesprächs drehte sich um die Blockierung der türkischen Routen für die illegale Einwanderung und die Möglichkeiten, wie sich die Migrationsströme stoppen lassen. Der ungarische Regierungschef würdigte, dass die türkischen Behörden allein in diesem Jahr 350.000 Personen davon abhalten konnten, illegal auf das Territorium der Europäischen Union zu gelangen.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Olivér Várhelyi ist nun auch offiziell Kandidat für das Amt des Erweiterungskommissars:*

Ungeachtet der systematischen Falschmeldungen in linksliberalen Medien und einzelnen Sozialmedien wurde Olivér Várhelyi offizieller Kandidat für das Amt des EU-Kommissars für

Nachbarschaftspolitik und Erweiterung. Olivér Várhelyi muss zunächst vor dem Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments nachweisen, dass in seinem Falle keine Unvereinbarkeit vorliegt.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DIE GEMEINDEVERTRETUNGEN HABEN SICH GEBILDET, ZSOLT BORKAI IST ZURÜCKGETRETEN

Mit Ausnahme von 12 Ortschaften haben sich in den vergangenen Tagen sämtliche Vertretungen von Städten und Gemeinden in Ungarn gebildet. Am Wochenende wurden an manchen Orten die Kommunalwahlen wiederholt. In Budapest konzentrierte sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft sowie auf die Regierungssitzung vom Mittwoch. Gergely Karácsony trat sein fünfjähriges Mandat als Stadtvater mit fünf Vizebürgermeistern und einer gelockerten Haushaltsdisziplin an.

Lediglich in 12 von mehr als 3.100 ungarischen Städten und Gemeinden mussten an diesem Sonntag die Kommunalwahlen wiederholt werden. In allen anderen Städten und Gemeinden bildeten sich die Gemeindevertretungen, wobei selbstverständlich die konstituierende Sitzung der neuen Bürgerschaft von Budapest das spannendste politische Ereignis in der vergangenen Woche war. Unter den ersten Tagesordnungspunkten befand sich die Wahl von fünf Stellvertretern des neuen Oberbürgermeisters Gergely Karácsony und die Delegation seiner Verbündeten in Institutionen der Hauptstadt von strategischer Bedeutung. Früher hatte nur Oberbürgermeister Gábor Demszky gleich fünf Stellvertreter, welche Tradition Gergely Karácsony nun wiederbelebte. Das Kabinett des Oberbürgermeisters und die Personaldecke sind noch weitaus breiter gefasst, wobei diesen nicht nur politische, sondern auch juristische Ratgeber – wie beispielsweise der Begründer des Oppositions-Blogs atlatszo.hu, Csaba Tordai – bei seiner Arbeit unterstützen. Auffallend ist zugleich, dass Politiker der linksgerichteten Regierungen aus der Zeit 2006-2010 unter Ferenc Gyurcsány und Gordon Bajnai bei einzelnen Ernennungen wieder mit von der Partie waren: So gelangten in der vergangenen Woche Tibor Draskovics (der frühere Finanz- bzw. Justizminister), Imre Lakos (Mitbegründer des SZDSZ), Zoltán J. Lakos (einstiger Sprecher der Gyurcsány-Regierung) und Norbert Élő (DK) in wichtige Positionen. In Verbindung mit den fünf Vizebürgermeistern sei angemerkt, dass Gergely Karácsony früher Wahlkampf mit dem Thema Unterfinanzierung der Hauptstadt betrieb, dessen ungeachtet aber mit den jetzigen Berufungen und personengebundenen Aufwendungen deutlich mehr Geld und

Haushaltsmittel für diese Zwecke aufwendet, als István Tarlós es früher tat. Tarlós besaß drei Stellvertreter, die als monatliche Bezüge 65, 70 bzw. 75 Prozent des OB-Gehalts mit nach Hause nehmen konnten. Alle Stellvertreter von Karácsony erhalten fortan den maximal möglichen Betrag von 90 Prozent seiner Bezüge. Der Oberbürgermeister erhielt eine Einladung zur Regierungssitzung vom vorigen Mittwoch, die sich auch mit der Hauptstadt befasste. Die ungarische Regierung bemüht sich mit der neuen Stadtführung von Budapest um eine ausgewogene und berechenbare Zusammenarbeit, welche Absicht der Ministerpräsident in seinem Radiointerview am Freitag bekräftigte.

In der vergangenen Woche gab der gewählte Oberbürgermeister von Győr, Zsolt Borkai, im Anschluss an die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft der Komitatsstadt seinen Rücktritt bekannt. Borkai hatte den Freitag abgewartet, um sicherzustellen, dass es mit seiner Unterstützung gewählte Vizebürgermeister für die Weiterführung der Amtsgeschäfte gibt. In Győr werden binnen eines halben Jahres Neuwahlen ausgeschrieben.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE ZURÜCKDRÄNGUNG DER SCHATTENWIRTSCHAFT IST EINE ERFOLGSGESCHICHTE UNGARNS

Die Studie „Auf zu einer schneeweißen Wirtschaft“ des Nézőpont-Instituts analysierte zum dritten Mal in Folge den Stand in den Prozessen zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft hierzulande und die erzielten Fortschritte. Das ungarische Modell zur Ausweitung der Wirtschaft ist erfolgreich, denn seit 2010 ging nicht nur der Anteil der Schattenwirtschaft zurück, parallel dazu hat sich auch die Steuerzahlungsmoral der ungarischen Gesellschaft beträchtlich verändert.

Das Nézőpont-Institut hat bereits zum dritten Mal in einer Studie die ungarische Lage bezüglich der Schattenwirtschaft aufgedeckt, wozu statistische Angaben hinsichtlich der Zahlungsgewohnheiten beziehungsweise Erfahrungen in Verbindung mit der Schattenwirtschaft aufgearbeitet wurden. Die Schattenwirtschaft wird hierzulande Jahr für Jahr systematisch zurückgedrängt. In den vergangenen Jahren nahm die Beschäftigtenzahl systematisch zu (seit 2010 um 20 Prozent) und stiegen die Einnahmen des Zentralhaushalts in einer Weise, ohne dass dazu die Steuersätze auf die Einkommen angehoben werden mussten. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer machten 2013 insgesamt

1.504 Milliarden Forint aus, welche Summe 2018 bereits auf 2.177 Milliarden Forint gestiegen war. Eine wohlbekannte Kennziffer der Grauzone ist die Steuerlücke, die als Quotient der nicht eingezahlten Umsatzsteuer und sämtlicher prinzipiell einzuzahlenden Umsatzsteuerbeträge ermittelt wird und die in Ungarn zwischen 2013 und 2018 von 21 Prozent auf einen einstelligen Wert mit 9 Prozent abstürzte. Gleichzeitig verringerte sich die Steuerbelastung der Arbeitgeber von 49 Prozent in 2013 auf 45 Prozent in 2018.

Die Studie des Nézőpont-Instituts erfasste des Weiteren die hiesigen Gewohnheiten im Kartengebrauch. Immerhin 47 Prozent der Ungarn benutzen ihre Bankkarten häufiger als noch vor fünf Jahren, während sogar 66 Prozent der Ansicht sind, elektronische Zahlungen seien einfacher als früher zu bewerkstelligen. Die Maßnahmen der ungarischen Regierung zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft sind erfolgreich, was auch dadurch belegt wird, dass sich der Anteil von Befragten, die mitunter Produkte auf dem die Steuern unterschlagenden Schwarzmarkt kaufen, binnen eines Jahrzehnts von 42 auf 21 Prozent halbiert hat. Diese Erfolgsgeschichte der Wirtschaftspolitik lässt sich dann beibehalten, wenn die Zurückdrängung des Bargeldes neuen Schwung erhält und der Bargeldbestand entgegen dem aktuellen wachsenden Trend wieder zurückgeht.

Die auf der Konferenz formulierten Vorschläge wurden auch auf der Sitzung des Wettbewerbsrates vom Dienstag diskutiert. Im Anschluss an diese, den Standpunkt des ungarischen wirtschaftspolitischen Credo widerspiegelnde Sitzung empfahl Finanzminister Mihály Varga eine Ausdehnung der Anwendungsbereiche elektronischer Zahlungsmittel, um die Schattenwirtschaft zurückzudrängen – der gleiche Vorschlag war auf der Konferenz des Nézőpont-Instituts von Seiten staatlicher und Marktakteure zu vernehmen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DER TÜRKISCHE PRÄSIDENT RECEP TAYYIP ERDOĞAN VERHANDELTE MIT VIKTOR ORBÁN

Ministerpräsident Viktor Orbán traf am vergangenen Donnerstag in Budapest mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zusammen. Im Ergebnis einer 2013 in Ankara unterzeichneten Vereinbarung halten Ungarn und die Türkei alljährlich auf höchster Ebene strategische Konsultationen ab – der Besuch des türkischen Präsidenten in Budapest diente zum Abhalten der

aktuellen Sitzung. Neben Sicherheitsfragen und geopolitischen Belangen wurde auch ein gemeinsames Hilfsprogramm für Afrika abgestimmt.

Die türkischen Behörden konnten im vergangenen Jahr 350.000 illegale Einwanderer an den Grenzen auf dem Seeweg und auf dem Festland aufhalten. Würde die Türkei ihre Grenzschutzaufgaben nicht ernst nehmen, wäre diese Menschenmasse jetzt auf der Balkanroute unterwegs, wobei viele von ihnen versuchen würden, eine Route in Richtung auf die ungarische Grenze einzuschlagen. Viktor Orbán hält die Einrichtung der Sicherheitszone in Nordsyrien für wichtig, weil hierhin Millionen syrischer Flüchtlinge umgesiedelt werden könnten. Schon aus diesem Grunde stimmte Ungarn einer Erklärung der EU nicht zu, in der die Türkei wegen der Militäroffensive in Syrien verurteilt werden sollte. Nachdem Ungarn ebenso wie die Türkei Mitglieder der NATO sind, ist auch eine Stabilität in der militärischen Zusammenarbeit jenseits von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen wichtig. Die Türkei konnte bedeutende Erfolge beim Niederringen der Terrororganisation Islamischer Staat verzeichnen, während Ungarn den Kampf gegen die Radikalislamisten im Irak mit mehreren hundert Soldaten unterstützt. Präsident Erdoğan vertritt den Standpunkt, wonach die Rücksiedlung der Flüchtlinge in ihre Heimat deshalb Relevanz besitzt, weil sein Land die Versorgung von nahezu 4 Millionen Syrern nicht endlos gewährleisten kann. Der türkische Politiker formulierte insofern berechnete Kritiken gegenüber Brüssel, nachdem Ankara unbeeindruckt der 2016 getroffenen Vereinbarung an Stelle der zugesagten 3 Milliarden Euro bislang nur 2 Milliarden Euro zur Bewältigung der Migrationskrise erhielt. Die beiden Politiker waren sich einig, eine Verdopplung des gegenwärtigen Handelsverkehrs von rund 3,1 Milliarden Dollar anzustreben, haben sich ergo das Ziel von 6 Milliarden Dollar gesetzt. Für Ungarns Energieversorgung ist es wichtig, dass in Kürze auch aus Richtung der Türkei Erdgas nach Mitteleuropa fließen wird. Das verbessert die Souveränität des Landes in Energiebelangen und trägt zur Diversifizierung der Energiequellen bei. Eine weitere einschlägige Meldung war der Kauf bedeutender Geschäftsanteile durch den ungarischen Mineralölkonzern MOL an einer Erdgaslagerstätte Aserbaidschans mitsamt einer Gaspipeline in die Türkei. Für diese Transaktion muss allerdings noch die Zustimmung der türkischen Wettbewerbsaufsicht abgewartet werden. Ein Bestandteil der kulturellen Kontakte ist zudem, dass aktuell 150 türkische Studenten mit Stipendien des ungarischen Staates an hiesigen Hochschulen eingeschrieben sind. Die beiden Politiker verständigten sich weiterhin auf gemeinsam finanzierte Programme in Afrika: So wurde bereits eine Ärzte-Mission nach Kenia geschickt und steht ein

Programm an der Schwelle seiner Verwirklichung, mit dem Ghana Hilfe in der Wasserwirtschaft und im Gesundheitswesen geboten wird. Außerdem unterzeichneten die beiden Politiker mehrere Absichtserklärungen zu Kooperationen auf den Gebieten der Bildung, Kultur und Wirtschaft.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

OLIVÉR VÁRHELYI IST NUN AUCH OFFIZIELLER KANDIDAT FÜR DAS AMT DES ERWEITERUNGSKOMMISSARS

Im Gegensatz zu den politisch motivierten Falschmeldungen der letzten Tage gab der Sprecher der Europäischen Kommission, Eric Mamer, bekannt, dass Olivér Várhelyi auch offiziell Kandidat für das Amt des für die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik zuständigen Kommissars ist. Eine entsprechende Mitteilung wird Ursula von der Leyen dem Europäischen Parlament zustellen.

Von Seiten der neuen Europäischen Kommission wurde erneut bekräftigt, dass die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen keine Eingriffe bei der Verteilung der Portfolios vornimmt, so dass Ungarns Kandidat künftig Verantwortung für das Ressort Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Rumäniens Kandidat für das Verkehrswesen und Frankreichs Kandidat für den Binnenmarkt übernehmen soll. Viktor Orbán hob auf seiner Pressekonferenz im Anschluss an die Verhandlungen mit dem türkischen Präsidenten hervor, dass es sich in der aktuellen Lage um ein „undankbares“ Portfolio handelt. Denn wie Viktor Orbán sagte, „wurde nicht einfach Nein zur EU-Erweiterung um Nord-Mazedonien und Albanien gesagt, vielmehr wollen gewisse Kreise den gesamten Erweiterungsprozess neu bewerten“. Aus dem Blickwinkel Ungarns wäre die Erweiterung wichtig, weil auf diese Weise die Außengrenzen der EU effizienter geschützt werden könnten. Die Anhörung von Olivér Várhelyi vor dem Justizausschuss wird voraussichtlich am 12. November stattfinden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Kommission unter Ursula von der Leyen ihre Tätigkeit Anfang Dezember aufnehmen können. Die Ernennung der Kommission verzögerte sich in erster Linie wegen der unberechenbaren innenpolitischen Lage in Rumänien, denn man musste so lange auf eine neue Kandidatin Rumäniens für die Kommission warten.

PROGNOSE

- **Vor nahezu 100 Jahren ereignete es sich letztmalig in Großbritannien, dass Wahlen im Monat Dezember abgehalten werden. Nach jetzigem Stand finden – sofern auch das Oberhaus, also das House of Lords dem Antrag zustimmt – die Parlamentswahlen am 12. Dezember statt. Allerdings gehen alle Politikakteure davon aus, dass diese Unterstützung des Oberhauses gesichert ist, weshalb der Wahlkampf im Lande bereits angelaufen ist.**

Premierminister Boris Johnson bemühte sich zuvor dreimal um die Verabschiedung einer Vorlage zur Ausschreibung vorgezogener Wahlen im Unterhaus (House of Commons), und scheiterte alle drei Male bei diesem Versuch. Die nächsten regulären britischen Wahlen würden im Sinne der Gesetze von 2011 erst 2022 stattfinden können, nachdem die letzte Wahl der politischen Führung des Landes 2017 geschah. Damals holten die Konservativen 42 Prozent der Stimmen, die Labour 40 Prozent, was für die beiden großen politischen Parteien 317 beziehungsweise 262 Parlamentsmandate bedeutete. Gleichzeitig konnte keine politische Kraft eigenständig eine gesetzgebende Mehrheit – die mit 326 Mandaten gewährleistet wäre – erreichen, wobei das Ergebnis dessen ungeachtet als Erfolg der Konservativen gewertet werden konnte. Die Brexit-Entwicklung verlief sich jedoch in einer Sackgasse, woraufhin in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal der Termin für den EU-Austritt des Landes aufgeschoben werden musste. Die Strategie Boris Johnsons bestand von Anbeginn darin, unter Androhung, aber doch Vermeidung des Szenarios eines „Hard Brexit“ zu erreichen, dass Neuwahlen ausgeschrieben werden, um dem Pro-Brexit-Flügel der Konservativen neue Kraft zu verleihen sowie den Politikkurs von Johnson durch die Unterstützung eines neu zusammengesetzten Parlaments abzusichern. Allerdings gehen die Wahlen mit ernstzunehmenden Gefahrenmomenten einher: Das britische Wahlsystem „First past the post“ besteht aus Elementen absoluter Mehrheiten, weshalb neben guten landesweiten Umfragewerten sehr relevant ist, ob die jeweiligen Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen eine Mehrheit erlangen können. Nach aktuellem Stand liegen die Konservativen bei 38 Prozent, die Labour deutlich geschwächt bei 26 Prozent und die Liberalen bei 16 Prozent. Die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament alle anderen besiegende Brexit-Partei – die damals ein Listenergebnis von 31 Prozent erzielen konnte – steht nach den jüngsten Erhebungen bei 10 Prozent.

In dieser Woche wird das Zentralamt für Statistik (KSH) wichtige makroökonomische Daten bekanntgeben. So wird eine erste Schätzung des Außenhandels vom September veröffentlicht, bei der wieder eine Zunahme des Exportüberschusses erwartet wird. Daneben erscheinen die aktuellen Daten zu Baugewerbe und Industrieproduktion, bevor die erste Schätzung hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts für das dritte Quartal erscheint. Letztere verspricht laut Beobachtern nochmals stärker auszufallen, als das Wachstumstempo vom Vorjahr.